Paul Glass

Das „Bergungsgebiet“ Mainfranken im Kontext der Evakuierung der saarpfälzischen Grenzbevölkerung in den Jahren 1939–40. Eine längst vergessene Episode aus der Zeit des 2. Weltkriegs.

Die Fluchtwelle, die Deutschland im Herbst 2015 erreichte und förmlich überrollte, erschien seinerzeit als etwas noch nie Dagewesenes, Singuläres – und hatte doch schon 76 Jahre zuvor eine zumindest von den Flüchtlingszahlen her fast vergleichbare Vorläuferin. Daran soll in diesem Aufsatz erinnert werden, verbunden mit der Hoffnung, dass sich Lokal- und Regionalhistoriker aus dem Leserkreis des *Mainfränkischen Jahrbuchs* animiert fühlen, die Geschichte der damaligen „Völkerwanderung“ in ihrem lokalen oder regionalen Umfeld zu recherchieren und die Forschungsergebnisse an dieser Stelle zu publizieren.[1]

1 Die bisherige Geschichtsschreibung mainfränkischer Autoren zu diesem Thema ist bis jetzt noch sehr überschaubar. So hat sich für Eibelstadt Franz Schicklberger der Thematik angenommen und die damals dort evakuierten Saarpfälzer in Listen erfasst, die aber meines Wissens nicht publiziert wurden.

Für Markt Burkardroth (Kreis Bad Kissingen) hat der Lokalhistoriker Alfred Saam schon 2003 einen Aufsatz veröffentlicht, der sich mit den aus dem saarländischen Hassel stammenden Evakuierten in Burkardroth, Wollbach und Zahlbach beschäftigt: Die Evakuierung der Familien aus Hassel in die Pfarrei Burkardroth zu Beginn des Zweiten Weltkriegs. Der Aufsatz wurde Ende 2017 wiederveröffentlicht in: Saarländische Familienkunde, 13/2 (2017), S. 275–293.

Für Partenstein im Main-Spessart-Kreis liegt eine lesenswerte Facharbeit aus dem Jahre 2004 des von dort stammenden Andreas Henning vor, die sich vor allem auf Berichte von Zeitzeugen stützt: Von der Pfalz in den Spessart – Exemplarische Untersuchung der Zwangsevakuierung zu Beginn des 2. Weltkrieges. O. O. [= Partenstein] 2004.

Für die Stadt Zeil am Main hat der Ortschronist Ludwig Leisentritt bereits 1997 die Unterbringung der saarpfälzischen Flüchtlinge beschrieben, wobei er aber den Schwerpunkt auf die Nachkriegszeit gelegt hat: Flucht und Vertreibung. Evakuierte und Flüchtlinge in Zeil. Vgl. https://spd-hassberge.de/politik/geschichte/flucht-und-vertreibung-im-rueckblick/ und http://www.mainpost.de/regional/hassberge/Flucht-und-Vertreibung-Fluechtlinge-Fluechtlingskatastrophen;art 1726,8873885 [Aufruf am 20.07.2017].

Eine gute Übersicht für Gerolzhofen, wo 600 Saarpfälzer – meist aus dem Raum Pirmasens stammend – untergebracht waren, verdanken wir einem Artikel des Lokaljournalisten Norbert Vollmann in der *Mainpost* vom 18. Januar 2016. Allerdings bezieht sich dieser Artikel auf die zweite Evakuierung von Herbst 1944 bis Frühsommer 1945.

Im letztjährigen Jahrbuch für den Landkreis Kitzingen widmeten sich gleich zwei Autorinnen dem Thema Evakuierung zumindest teil- bzw. ansatzweise im von mir beschriebenen Kontext: Ute Feuerbach: „In den Monaten gemeinsamen Bangens und Wartens.“ Evakuierte im Kloster St. Maria der Dillinger Franziskanerinnen in Volkach 1939/1941. In: Jahrbuch für den Landkreis Kitzingen 2017. Im Bannkreis des Schwanbergs. Dettelbach 2017, S. 95–125 und Susanne Kornacker: Neue Heimat in der Fremde? Evakuierte, Flüchtlinge und Vertriebene in Iphofen 1945–1950. In: Op. cit., S. 165–184 – letztere allerdings auch nur mit Bezug auf die zweite Evakuierung kurz vor Kriegsende und auf die ersten Nachkriegsjahre.

Viel mehr wurde meines Wissens nach nicht publiziert. Auch in den bisher erschienenen Ausgaben des *Mainfränkischen Jahrbuchs* war nur einmal von einer Evakuierung nach Mainfranken die Rede, aber ebenfalls in einem anderen historischen Kontext: Sie fand zwar auch im Zweiten Weltkrieg statt, betraf aber die Evakuierung der Bevölkerung der Ruhrgebietsstädte wegen des nach 1942 massiv einsetzenden alliierten Bombenkriegs. – Vgl. Joachim Braun: Evakuiert nach Mainfranken – Zur Geschichte der „Düsseldorfer Siedlungen“. In: Mainfränkisches Jahrbuch 60 (2008), S. 249–317.

Die Vorgeschichte

Als Adolf Hitler am 1. September 1939 den Angriff auf Polen befahl, musste er damit rechnen, dass die Garantiemächte der Republik Polen – Frankreich und Großbritannien – ihre Bündnisverpflichtungen wahrnehmen und Deutschland den Krieg erklären werden.[2] Eine Kriegserklärung Frankreichs war gewissermaßen sogar erwünscht, konnte man doch dadurch den alten „Erbfeind" gegenüber der Weltöffentlichkeit als Kriegstreiber darstellen und gleichzeitig darangehen, eines der wichtigsten außenpolitischen Ziele der NSDAP, die „Revision von Versailles", in einem weiteren Schritt umzusetzen.[3] Allerdings hatte sich Hitler hinsichtlich des Verhaltens Großbritanniens völlig verkalkuliert; er hatte mit einer britischen Kriegserklärung einfach nicht gerechnet und hoffte auch in den Wochen danach immer noch auf eine schnelle vertragliche Friedenslösung mit den Briten.

Nach den bitteren Erfahrungen des Ersten Weltkrieges hatte Frankreich bereits ab 1930 eine nach dem damaligen Verteidigungsminister Maginot benannte Befestigungslinie entlang der französischen Grenze zu Deutschland (und sogar zu Belgien, Luxemburg sowie Italien) errichtet. Das nationalsozialistische Regime unter Adolf Hitler setzte diesem Bollwerk seit 1936 eine eigene Befestigungslinie, das sog. „Limesprogramm", das später mit dem populäreren Begriff *Westwall* bezeichnet wurde, entgegen.[4]

Um zum einen auf dem potenziellen Kriegsschauplatz an der Westgrenze die Hände frei zu haben für die nötigen militärischen Abwehroperationen und um zum anderen – als eine Art erwünschter Nebeneffekt – die dort lebende Zivilbevölkerung zu schützen, sie aber auch vor möglicher Geiselhaft in den Händen des „Feindes" zu bewahren, hatte man spätestens seit der Sudetenkrise im Herbst 1938 erwogen, im Kriegsfalle die gesamte Bevölkerung aus einem etwa 10 bis 20 km breiten und rund 400 km langen Streifen zwischen der Staatsgrenze und dem *Westwall* – der sog. *Roten Zone*[5] – von Basel bis Aachen in „Bergungsgebiete" nach Mitteldeutschland zu evakuieren. Die Operation selber wurde aber nicht Evakuierung, sondern „Freimachung" genannt – ein Begriff, der bis heute immer noch auch

2 Eine komprimierte Zusammenfassung der „Kriegspolitik Hitlers" bis 1939 bei Henning, Zwangsevakuierung, S. 5–6.

3 Die Rückgängigmachung des Versailler Vertrags von 1919 war neben der „Eroberung neuen Lebensraumes im Osten" *das* zentrale außenpolitische Ziel der Nationalsozialisten. Schon vor dem Krieg war es Hitler gelungen, einige Punkte des „Schandvertrages" in seinem Sinne zu revidieren, etwa durch den *Anschluss* Österreichs an das Deutsche Reich oder die von der ČSR im Rahmen des *Münchner Abkommens* erzwungene Abtretung des Sudetenlandes (1938) bzw. die „Erledigung der Resttschechei" im März 1939.

4 Die Literatur über den mehr als 600 km langen *Westwall* ist schier unerschöpflich. Mehr darüber: https://de.wikipedia.org/wiki/Westwall [Aufruf am 22.07.2017]. Eine gute Übersicht über den saarländischen Teil dieser Befestigungsanlage kann sich der interessierte Leser unter der URL http://www.memotransfront.uni-saarland.de/pdf/westwall.pdf herunterladen [Aufruf am 13.01.2017].

5 Vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Rote_Zone [Aufruf am 11.01.2017]. – Die Breite der *Roten Zone* wurde anlässlich der großen *Westwall*-Inspektionsfahrt Hitlers vom 14. bis 19. Mai 1939 festgeschrieben.

Abb. 1: Der *Westwall* im Bereich Saarpfalz (1939/40)

eine militärische Bedeutung hat.[6] Die Planung für die Räumung möglicher vom „Feind“ bedrohter Gebiete der Saarpfalz[7] wurde dem stellvertretenden Gauleiter Ernst Ludwig Leyser übertragen.[8] Man muss aber festhalten, dass diese Aktion einen klar militärischen Charakter trug, zumal sie von militärischen Stellen im Verein mit der NSDAP organisiert wurde. Im Falle eines französischen Einmarsches sollte auch noch die sich daran anschließende und etwa 20 km breite *Grüne Zone* jenseits des *Westwalls* geräumt werden, aber dazu kam es aufgrund des späteren Kriegsverlaufs nicht. Als „Bergungsgebiete“ oder „Bergungsgaue“ waren vor

6 Neben dieser offiziellen Bezeichnung gab es weitere Begriffe, die für diese Aktion behördlicherseits benutzt wurden, z.B. „Rückführung“ oder „Rückwanderung“. Die „rückgeführten“ Menschen selbst dagegen sprachen meist nur von „Evakuierung“ (auch meine Mutter, die das „v“ saarländisch als /f/ aussprach) – ein Begriff, den die Behörden aber tunlichst vermieden.

7 Bei der Terminologie ist zu unterscheiden, dass der Begriff „Saarpfalz“ 1922 erstmals für jene Gebiete verwendet wurde, die bei der Schaffung des „Saargebiets“ aufgrund der Bestimmungen des Versailler Friedensvertrags aus der damals bayerischen Pfalz herausgelöst wurden. Zwischen 1936 und 1940 war der Begriff „Saarpfalz“ aber auch Namensgeber für einen Gau der NSDAP. Zu diesem „Gau Saarpfalz“ – der nach dem Sieg gegen Frankreich 1940 in „Gau Westmark“ umbenannt wurde – gehörte neben der bayerischen Pfalz auch das gesamte Saargebiet. Wenn also im Zusammenhang mit der „Freimachung“ von „saarpfälzischen Rückgeführten“ die Rede war, konnten die Betroffenen entweder aus dem Saargebiet und / oder der Pfalz stammen. – Vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Saarpfalz und https://de.wikipedia.org/wiki/Gau_Saarpfalz [Aufruf am 04.07.2017].

8 Bei der Inspektionsreise Hitlers zum *Westwall* an der Saar musste Leyser dem „Führer und Reichskanzler“ über seine Planung zur Evakuierung der saarländischen Zivilbevölkerung Bericht erstatten. Vgl. http://www.memotransfront.uni-saarland.de/westwall.shtml [Aufruf am 11.01.2017]. – Über diesen Vortrag vor Hitler gab Leyser selbst Auskunft in einer 1969 vom Saarländischen Rundfunk ausgestrahlten Dokumentation mit dem Titel „Geheime Reichssache ’Frühlingsfest im Vorgarten’“.

allem Hessen, Thüringen sowie Ober-, Mittel- und Mainfranken, aber auch andere Regionen in der Mitte des Deutschen Reiches vorgesehen.[9]

Dies war übrigens keine einseitige Aktion Nazideutschlands, sondern auch Frankreich hat die Bevölkerung seiner nordöstlichen Grenzgebiete in Elsass-Lothringen – etwa 250.000 Menschen – zu Kriegsbeginn restlos in Aufnahmegebiete in Zentralfrankreich evakuiert – und dies sogar noch ein paar Tage früher und viel besser vorgeplant als bei den deutschen Behörden.[10] Anders als ihre deutschen Nachbarn wurden Elsässer und Lothringer schon Monate vorher über die Abläufe bei der *évacuation* informiert, und so gab es kaum Anlass für Gemunkel, wie dies bei der betroffenen deutschen Grenzbevölkerung der Fall war. Wie Zeitzeugen übereinstimmend berichteten, gab es Ende August immer wieder Gerüchte, dass man im „Verteidigungsfalle" die Heimat verlassen müsse. Diese Stimmung wurde auch dadurch angeheizt, dass die Behörden noch vor dem deutschen Angriff auf Polen damit begannen, schwangere Frauen, Kranke, Behinderte, Patienten der verschiedenen im „F-Gebiet"[11] lie-

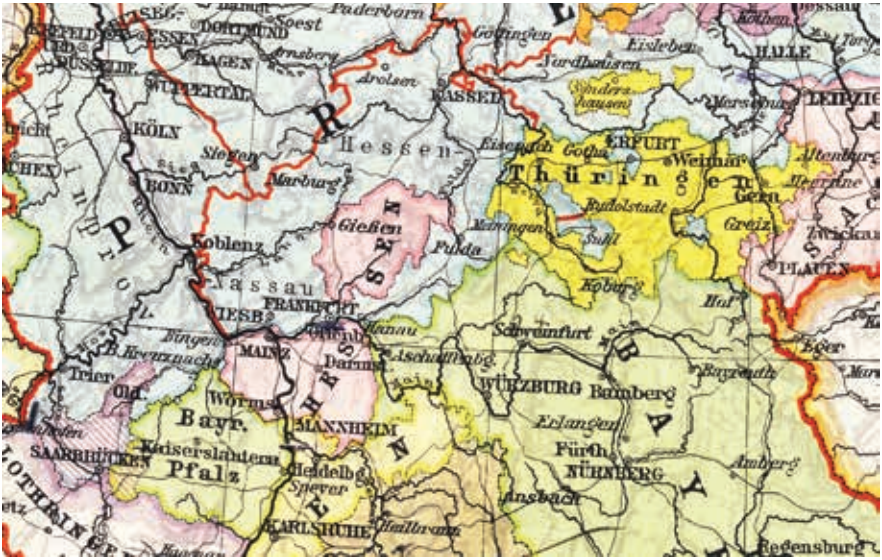

Abb. 2: „F-Gebiete" und „Bergungsgebiete" (1939/40)

9 Erst im Frühjahr 2017 konnte ich im Bistumsarchiv Speyer (Abt. „Wandernde Kirche", 1936-1941) eine dort lose im Karton aufbewahrte 14-seitige undatierte, aber als „Geheim!" klassifizierte „Übersicht über die Unterbringung der Rückwanderer aus den westlichen Räumungsgebieten" entdecken, die genaue Auskunft gibt über die vorgesehenen Unterbringungskreise.

10 Stadtbücherei Pirmasens 1989 (Hrsg.): Auszug und Heimkehr. Die Evakuierung von Pirmasens 1939/40. Pirmasens 1989, S. 13.

11 „Freimachungsgebiet". Damals wurde der Wortbestandteil *Freimachung* immer wieder mal durch den Buchstaben „F" abgekürzt.

genden Krankenanstalten vorab in sichere Gebiete abzutransportieren – Aktionen, die natürlich nicht ganz unbemerkt vonstatten gehen konnten und für Unruhe und Unsicherheit im Grenzgebiet sorgten. Diese allgemeine Angst sollte wohl ein Bericht der *Saarbrücker Zeitung* vom 27. August 1939 über den Besuch des saarpfälzischen Gauleiters Josef Bürckel in den saarpfälzischen Grenzgemeinden zerstreuen, wobei man sich über die Räumungsmaßnahmen der Franzosen noch lustig machte:

> *„Welch ein Unterschied zwischen deutschen und französischen Grenzgemeinden! Auf der einen Seite der Tag des normalen Lebens und die Bekundung einer ruhigen Entschlossenheit und einer unerschütterlichen Zuversicht, die des Humors nicht entbehrt – auf der anderen Grenzseite ausgestorbene Gemeinden, die einem anmuten wie zwangsmäßig ausgeräumte Etappenorte im großen Krieg. […] Man kehrt von dieser informatorischen Fahrt mit dem stolzen Eindruck zurück, daß die Sicherung der Grenzlinie bei uns doch in ganz anderen Händen liegt, als jenseits der Grenzpfähle. Dort Fluchtbereitschaft und Räumungsorder, hier die Fortführung des bodengebundenen Lebens, die im Ernstfall erst recht den entschlossenen Einsatz aller verlangt. Und zwar nicht durch Befehle, sondern durch diese im deutschen Menschen gefestigte Bereitschaft, zu schützen und zu erhalten, was ihm gehört und was seine Arbeit und die Arbeit seiner Sippe geschaffen haben.“*

Das heißt, noch kurz vor der befohlenen Räumung hat man die Bevölkerung bewusst über die wahren Absichten belogen, um sie dann, psychologisch und auch praktisch völlig unvorbereitet, überfallartig vor vollendete Tatsachen zu stellen.

Der deutsche Angriff auf Polen am 1. September 1939 und die überstürzte „Freimachung“

Nach der Unterzeichnung des *Hitler-Stalin-Paktes* am 24. August 1939 – der in einem geheimen Zusatzprotokoll die Aufteilung Polens unter den beiden Diktatoren vorsah – erteilte Hitler schon tags darauf den Befehl zum „Sicherheitsaufmarsch West“. Den für den 26. August erteilten Angriffsbefehl widerrief Hitler allerdings wieder, als er die Nachricht Mussolinis erhielt, sich im Kriegsfalle neutral verhalten zu wollen.[12] Die verdeckte Mobilmachung wurde jedoch fortgesetzt. Nachdem letzte deutsche Verhandlungen um eine Neutralität Großbritanniens gescheitert waren, setzte Hitler den neuen Termin für den Angriff auf Polen auf den 1. September fest.[13] Schon zwei Tage vorher wurden die Gauleiter durch das federführende Armeeoberkommando (AOK) über die bevorstehenden Räumungsmaßnahmen unterrichtet, aber der

12 Richard Overy, Die letzten zehn Tage. Europa am Vorabend des Zweiten Weltkriegs. 24. August bis 3. September 1939. München 2009, S. 37–40.

13 Über die entscheidenden Tage zwischen dem 27. August und dem 1. September berichtet ausführlich Overy, Europa, S. 47–71.

Bevölkerung schenkte man nach wie vor keinen reinen Wein ein. Lediglich die seit März 1939 insgeheim benannten „Marschblockleiter" in den zu räumenden Orten wurden über den geplanten Ablauf der Räumung und über ihre Aufgaben informiert. Sie waren aber zu strengstem Stillschweigen verpflichtet worden.

Zwar hatte man nach der am 27. Mai 1939 durchgeführten Volkszählung[14], bei der neben Angaben zur Wohnbevölkerung auch Informationen über Wohnflächengrößen und die Haushaltungen erhoben wurden, die zu evakuierenden Gemeinden bestimmten Landkreisen in den verschiedenen „Bergungsgauen" zugeordnet, aber man hatte es im Vorfeld der geplanten „Freimachung" – aufgrund der von Hitler persönlich gewünschten Geheimhaltung – völlig versäumt, die Bewohner der Grenzgebiete zur Erstellung von Inventarlisten ihres Besitzes anzuhalten. Dieses Versäumnis sollte die späteren Entschädigungsmaßnahmen unnötig verkomplizieren.

Der „Freimachungsanweisung" vom 17. Februar 1939 zufolge sollte die „Räumung" der Grenzgebiete sowohl örtlich als auch nach bestimmten Personengruppen getrennt erfolgen. So sollte zunächst nur die *Rote Zone* freigemacht werden. Die verschiedenen Stufen sollten nach vorher festgelegten Kennwörtern ausgelöst werden. Wie bereits erwähnt, wurden schon am 31. August vorsorglich schwangere Frauen und Kranke aus den „Freimachungsorten" abtransportiert, was natürlich die Unsicherheit der restlichen Bevölkerung erhöhte. Dabei hat man den Pirmasensern besonders übel mitgespielt. Dort nämlich fand an diesem Tag – einem Freitag – das Pirmasenser Heimatfest statt, wo der Oberbürgermeister in seiner Festrede den französischen Nachbarn zurief:

> *„Über die Grenze hinüber möchten wir sagen: Wir sitzen hier friedlich zusammen und glauben an den Frieden. Mögt Ihr an den Krieg glauben und vom Krieg reden. Wir bringen Euch nicht den Krieg, so wie wir trotz der drohenden Wolken am politischen Himmel unser Heimatfest zu feiern wissen."*[15]

Wenig später wurde das Fest, das eigentlich bis zum 3. September dauern sollte, abgebrochen.

Nach der Nachricht von der „Führer"-Rede im Reichstag vom 1. September, dass Deutschland „seit 5 Uhr 45" zurückschieße und sich nun im Kriegszustand mit Polen befinde, löste der stellvertretende Gauleiter Leyser für die saarpfälzi-

14 Auftraggeber für diese Erhebung für das „Gesamtverzeichnis für die Westmark" war der Reichsstatthalter für das Saarland, Gauleiter Josef Bürckel. – Vgl. http://www.saarbruecker-zeitung.de/saarland/homburg/blieskastel/altheim/Saarpfalz-Kreis-Altheim-Bayreuth-Evakuierungen-Forchheim-Gemuenden-Heimat-Jahr-1936;art446877,5442083 [Aufruf am 11.01.2017]. – Die ab April 1939 ausgegebene „Volkskarteikarte" zum Aufbau einer umfassenden „Volkskartei" war nicht mehr rechtzeitig in vollem Umfang eingeführt worden.

15 Stadtbücherei Pirmasens 1989 (Hrsg.), Auszug, S. 16.

schen Grenzgebiete die „Freimachung“ aus: Die Bevölkerung der „F-Orte“ sollte binnen 48 Stunden evakuiert werden. Zunächst sollten nur Frauen und Kinder bis 12 Jahre sowie über 60 Jahre alte Männer abtransportiert werden; die anderen Männer sollten erst einen Tag später folgen; tatsächlich schlossen sich aber schon viele von ihnen den ersten Evakuierten an. Nachdem die erwartete Kriegserklärung Frankreichs zunächst ausgeblieben war, wurde dieser „F-Befehl“ widerrufen, und Freimachungskommissar Leyser gab sich davon überzeugt, dass nicht geräumt werden müsse: „Es wird alles gut gehen, Mussolini vermittelt. Der Konflikt bleibt lokalisiert.“[16] Alle bereits individuell oder gruppenweise[17] in die Rasträume aufgebrochenen oder dorthin transportierten Personen sollten wieder in ihre Heimatorte zurückkehren; viele stark verunsicherte, teilweise auch traumatisierte Evakuierte blieben aber dort, wo sie gerade angekommen waren. Einen Tag später wurde erneut der „F-Befehl“ ausgerufen, worauf die restlichen im Ort befindlichen Menschen in die vorgesehenen Rasträume transportiert wurden oder sich selbstständig dahin aufmachten. Durch die Ankunft von wesentlich mehr Menschen als erwartet, boten sich in den Rasträumen chaotische Zustände, die eine ordnungs- und planmäßige Belegung der Transportzüge in die „Bergungsgebiete“ deutlich erschwerten. Oft fanden Evakuierte nicht den für sie vorgesehenen Zug und fuhren dann willkürlich mit dem nächsten mit, der aber vielleicht zufällig in ein anderes „Bergungsgebiet“ fuhr. So gelangten sehr viele Flüchtlinge[18] nicht in den vorbestimmten Zielort, sondern oft in völlig andere Zielgebiete. Zudem gab es viele Bauern, die sich mit dem eigenen Pferde- oder Ochsenfuhrwerk in die Rasträume oder sogar in die „Bergungsgebiete“ begaben und dort erst nach mehreren Tagen ankamen. Sie hatten zwar in der Regel den beschwerlicheren Reiseweg, aber dafür den Vorteil, dass sie viel mehr Gepäck ins „Bergungsgebiet“ mitnehmen konnten. Am schlechtesten erging es jenen Menschen, die – in Ermangelung anderer Transportzüge – in Viehwaggons transportiert wurden und sich dabei auch wie „Vieh“ vorkamen.[19]

Kritische Stimmen über die chaotischen Zustände wurden in der Presse unterdrückt oder die Probleme heruntergespielt, wie etwa das Beispiel Pirmasens zeigt. Zum dortigen Bahnhof wurde die Bevölkerung aus praktisch allen Orten des

16 Zitiert bei Edgar Blum: „Kää Bärmesenser is dehäm“. Vor 70 Jahren: Mit dem Beginn des Zweiten Weltkrieges wird die Stadt komplett geräumt. In: Pirmasenser Zeitung Nr. 200 vom 29. August 2009, S. 19.

17 Für die marschfähige Bevölkerung gab es bereits seit Monaten spezielle Marschlisten mit je einem verantwortlichen Marschführer. Sie wurden in den jeweiligen Gemeinden im Panzerschrank aufbewahrt. In einem eigens personalisierten „Marschausweis Fußmarsch“ wurden der vorgesehene Sammelplatz und die „Marscheinheit“ bekanntgegeben, die unter keinen Umständen geändert oder getauscht werden durften. Man ging von einem Marschtempo von 3 km/h und einer Tagesmarschleistung von 18 km aus.

18 Die Bezeichnung „Flüchtling“ war verboten und verpönt, wurde aber dennoch hie und da verwendet. Bevor es eine einheitliche Sprachregelung gab, wurden vielerlei Begriffe synonym verwendet, z.B. „Rückwanderer“, „Rückgeführte“, „Rückbeförderer“, „Saargäste“, „Bergungsgäste“ u.a.m.

19 Henning, Zwangsevakuierung, S. 11.

Kreises mit Omnibussen (meist Arbeiterbussen) gebracht, bevor es irgendwann mit einem Zug weiterging:

> *„In der ganzen Bevölkerung werden die Maßnahmen zur Räumung mit Ruhe und Verständnis aufgenommen. Nirgends Panikstimmung. … Der Bahnhof Pirmasens ist umlagert. Es ist ein erschütterndes, unvergeßliches Bild: Mütter sitzen mit ihren Kindern auf ihrem Gepäck vor dem Bahnhof und warten oft stundenlang bis ein Sonderzug sie aufnimmt. Ein Zug nach dem anderen rollt aus dem Bahnhof. Die Reichsbahn hat in vorbildlicher Bereitschaft alles daran gesetzt, um einen möglichst raschen, reibungslosen Abtransport zu ermöglichen, sie hat in diesen Tagen Höchstes geleistet. Daß die vielen Tausende in Stadt und Land nicht in wenigen Stunden wegfahren können, ist selbstverständlich. Es ist auch verständlich, daß einzelne Volksgenossen die Nerven verlieren. Im Ganzen bewahrt die Bevölkerung vorbildliche Ruhe. Am Abend des 2. September sind nicht mehr viele Frauen in der Stadt Pirmasens."*[20]

Der zweite Evakuierungsbefehl wurde einen Tag später – am Tag der Kriegserklärung durch Frankreich und Großbritannien und nicht wie geplant am 4. September – erteilt, was vielerorts schnell in allgemeine Panik umschlug. Die massiven Probleme bei der Umsetzung der „Freimachung" entstanden aber auch durch die logistischen Schwierigkeiten, denen sich die Organisatoren gegenübersahen. Während die Hauptverkehrswege und -transportmittel für die in Richtung deutsch-französische Grenze eilenden deutschen Truppen vorgesehen waren, sollten die „Rückwanderer" über Nebenstrecken und mit den wieder in die Mitte des Reiches zurückfahrenden Zügen in die „Bergungsgaue" transportiert werden.

Diese logistischen Probleme führten dazu, dass, verstärkt durch die allgemeine Hektik, die Transportzüge mit jenen Flüchtlingen beladen wurden, die gerade am Bahnhof des Rastraumes anstanden – egal, ob sie alle in ein und derselben oder in völlig verschiedenen Gemeinden wohnhaft waren. Auch die Anreise in die vorgeschalteten ersten Bergungsräume, z. B. Olsbrücken bei Kaiserslautern[21], erfolgte vielfach individuell und wenig abgestimmt und trug zum allgemeinen Durcheinander bei. Manche Evakuierte waren tagelang unterwegs und hatten bei ihrer Ankunft im „Bergungsort" eine wahre Odyssee hinter sich, was vor allem für die vielen kleinen Kinder, aber auch für die oft betagten älteren Personen kaum zu verkraften war. Viel besser erging es den etwas größeren Kindern und jungen Heranwachsenden, für die diese Aktion meist die erste Reise aus ihrer Heimat überhaupt und so gesehen auch ein riesiges Abenteuer war, was mir Zeitzeugen

20 Elke Huber/Clemens Jöckle: Die Rote Zone im Landkreis Südwestpfalz: ein Begleitheft zur Ausstellung der Kreisverwaltung Südwestpfalz. Pirmasens 2000, S. 25.

21 In Kaiserslautern wurden allein in der Nacht vom 1. auf den 2. September 1939 zirka 5.000 Menschen in Notquartieren untergebracht. – Henning, Zwangsevakuierung, S. 11.

Abb. 3: Pirmasens, Bahnhof (1940)

bei der Recherche immer wieder bestätigt haben. Ein großes Problem war auch die im Heimatort erfolgte Aufteilung der Evakuierten in die „Marschfähigen“ [22] und „Nichtmarschfähigen“ bzw. manchmal auch die Zuweisung zu unterschiedlichen Marschblöcken, wodurch Familien schon am Anfang unnötigerweise auseinandergerissen wurden. Die häufiger vorgekommene Um- oder Fehlleitung von Transportzügen hat dieses Problem so sehr verschärft, dass sich die politisch Verantwortlichen genötigt sahen, bereits am 12. September 1939 eine „Zentralauskunftstelle für rückgeführte Personen“ einzurichten, die beim Polizeipräsidium in Berlin angesiedelt war. [23] Doch nicht nur „Grenzabwanderer“ gingen verloren, sondern häufig auch ihr weniges Gepäck. Um hier Abhilfe zu schaffen, wurde bereits ein paar Tage zuvor in Kaiserslautern eine Sammelstelle für „Verlust- und Fundsachen von Abwanderern“ initiiert, die den Flüchtlingen möglichst schnell ihre vermisste Habe wiederbeschaffen sollte. [24] Zusätzlich wurden in den „Bergungsgebieten“ weitere Auskunftsstellen eingerichtet, so z.B. für

22 Sie erhielten einen gelben „Marschausweis“, die „Nichtmarschfähigen“ einen blauen „Fahrtausweis“. – Auszug und Heimkehr, S. 39.

23 RdErl. d. RFuCHdDtPol. im RMdI. v. 12.9.1939 – O-VuR 14 g (7a) Nr. 241/39. – Die „ZASt.“ erteilte auf Anfrage kostenlos Auskunft über den Verbleib „rückgeführter Personen“.

24 Vgl. *NSZ-Rheinfront* vom 6. September 1939. – Weitere solcher Sammelstellen folgten zeitnah, etwa im pfälzischen Kusel.

„rückgewanderte Pirmasenser“ bei der Gauamtsleitung des NSV in Würzburg[25] oder eine Nachrichtenstelle für Rückgeführte in Sackenbach bei Lohr am Main[26]. Auch wurden die „Rückgeführten“ immer wieder über herrenloses Gepäck informiert, wie etwa durch den Mellrichstadter Landrat Karl Unger Mitte September 1939, als er den Flüchtlingen über die Bürgermeister bekanntgeben ließ, dass in Aschaffenburg ein ganzer Waggon „Flüchtlingsgepäck“ aufgetaucht und zudem noch bei der NSDAP-Ortsgruppe in Mellrichstadt Gepäck von etwa 20 Flüchtlingen hinterlegt sei.[27]

Um zum einen die Transportkapazität der Züge zu erhöhen und zum anderen die Evakuierten auch marschfähig zu halten, gab man ihnen eine Obergrenze für das mitzuführende Gepäck vor. Mehr als 15 kg durften nicht mitgenommen werden. Koffer waren damals noch wenig verbreitet. Deshalb wurde die wenige Habe meist in Taschen oder in zugenähten Bezügen von Kopfkissen transportiert. Offenbar gingen die politisch Verantwortlichen nur von einer kurzzeitigen Evakuierung der Grenzbewohner und von einem schnellen Kriegsende aus.

Der „Freimachungskreis“ Pirmasens

Die Stadt Pirmasens und der gleichnamige Landkreis waren Teil des Gaus Saarpfalz.[28] Im Landkreis Pirmasens wurden damals außer Pirmasens-Stadt folgende 33 Gemeinden des Landkreises geräumt: Bobenthal, Bruchweiler, Bundenthal, Busenberg, Dahn, Eppenbrunn, Erfweiler (bei Dahn), Erlenbach, Erlenbrunn, Fehrbach, Fischbach (bei Dahn), Gersbach, Hengstberg, Hilst, Hirschthal, Höheischweiler, Höhmühlbach, Kröppen, Ludwigswinkel, Münchweiler, Niederschlettenbach, Niedersimten, Nothweiler, Obersimten, Petersberg, Rumbach, Schindhard, Schönau, Schweix, Trulben, Vinningen, Windsberg und Winzeln.[29] – Kurioserweise wurden die in allernächster Nähe zu Pirmasens gelegenen Weiler Hahnenruhe, Ruhbank und Lemberg *nicht* geräumt – warum weiß kein Mensch.[30] Nicht alle Pirmasenser ließen sich evakuieren, sondern begaben sich von sich aus in nicht geräumte Gebiete in der Pfalz oder im Saarland.[31]

Pirmasens war zunächst als Sammelplatz für die Evakuierten aus den Umlandgemeinden vorgesehen. Zum einen wurden die Marschfähigen angewiesen, sich

25 Vgl. *NSZ-Rheinfront* vom 27. September 1939.
26 Henning, Zwangsevakuierung, S. 17. – Diese Nachrichtenstelle wurde vom dortigen Pfarrer eingerichtet.
27 StA Mellrichstadt, Best. „Evakuierte“, S. 91 (Rundschreiben Nr. 197). – Künftig zitiert als: StA MET, Best. „E“.
28 Von Pirmasenser Seite wurden bereits ab 1989 verschiedene Artikel und Broschüren über die Evakuierung veröffentlicht, u.a. die bereits mehrfach zitierte Broschüre mit dem Titel „Auszug und Heimkehr. Die Evakuierung von Pirmasens 1939/40“.
29 LA Speyer, Best. H 3 Nr. 9019 (Fasz.-Nr. 388, Bl. 115).
30 Auszug und Heimkehr, S. 18.
31 *Pirmasenser Zeitung* vom 24. August 2013.

zu den vorgegebenen Sammelplätzen am Exerzierplatz bzw. am Posthof zu begeben, zum anderen wurden auch die Nichtmarschfähigen mit Bussen und LKWs dorthin transportiert. Letztere durften allerdings nicht aussteigen, sondern wurden in den Fahrzeugen verpflegt, um dann später zu einem anderen, aber dem Fahrer noch nicht bekannten Ort gebracht zu werden.

Die Räumung von Pirmasens ist durch den damaligen Polizeimeister Lederer in einem viel beachteten Tagebuch für die Nachwelt dokumentiert worden. Er hat dort festgehalten, was sich zwischen der „Generalräumung“ am 3. September 1939 und der Rückkehr der Pirmasenser Bevölkerung am 31. Juli 1940 in Pirmasens ereignet hat.[32]

Der „Bergungsgau Mainfranken“

Eines der zentralen „Bergungsgebiete“ war Mainfranken, das erst ein gutes Jahr zuvor durch Umbenennung aus dem Regierungsbezirk „Unterfranken und Aschaffenburg“ hervorgegangen war. Die Gauhauptstadt war wie zuvor Würzburg. Da die linksrheinische Pfalz im Jahr 1939 zumindest nominell noch bayerisch war, waren für die zu evakuierenden pfälzischen Gemeinden vor allem „Bergungsorte“ in Mainfranken, aber auch in Oberfranken und in der Oberpfalz vorgesehen. In Mainfranken waren damals fast alle Landkreise für die Unterbringung von „Rückgeführten“ aus der Stadt und dem Landkreis Pirmasens bestimmt.[33] In einer geheim gehaltenen Liste[34] werden folgende Aufnahme-Kreise (in genau dieser Reihenfolge) genannt: Marktheidenfeld, Lohr, Gmünden, Karlstadt, Ochsenfurt, Kissingen, Mellrichstadt, Neustadt a. S., Brückenau, Hammelburg, Königshofen, Hofheim, Schweinfurt-Ld., Ebern, Haßfurt und Kitzingen. Außerdem sollte die Bevölkerung aus dem pfälzischen Landkreis Germersheim im Kreis Gerolzhofen untergebracht werden. Damit waren fast alle Landkreise Mainfrankens zu „Bergungskreisen“ bestimmt worden, außer den Kreisen Alzenau, Aschaffenburg, Miltenberg, Obernburg und Würzburg-Stadt und Würzburg-Land.[35]

Auch viele Unternehmen sollten nach Mainfranken „zurückgeführt“ werden, z. B. Schuhfabriken oder Banken. So nutzte die Pirmasenser Schuhfabrikantenfamilie Schantz die Gunst oder besser die Not der Stunde, um am Evakuierungsort

32 Karl Lederer: Tagebuch der geräumten Stadt. Spiegelbild einer geschichtlichen Zeit. Pirmasens o. J. [Manuskript].

33 Es gab aber auch Fälle, wo Personen aus den „Freimachungsgebieten“ auf eigene Faust nach Mainfranken gereist sind, z.B. weil hier verwandtschaftliche Beziehungen bestanden. So hat mir ein Zeitzeuge aus Würzburg berichtet, dass sein von da stammender Vater am *Westwall* gearbeitet und so seine saarländische Frau kennengelernt habe. Als die „Freimachung“ angeordnet worden sei, sei seine Mutter zu den späteren Schwiegereltern nach Mainfranken gefahren. – Frdl. Mitteilung vom 6. Februar 2017.

34 Vgl. Anm. 9.

35 Allerdings wurde diese Festlegung später nicht hundertprozentig eingehalten. So sind z.B. im Landkreis Aschaffenburg saarpfälzische Evakuierte in Hösbach nachweisbar, im Landkreis Würzburg-Land in Estenfeld, Gerbrunn und Greußenheim sowie im Stadtkreis Würzburg in Heidingsfeld.

Abb. 4: Der Exerzierplatz in Pirmasens (1940)

Abb. 5: Pirmasens – neues Postamt (1940)

Abb. 6: Pirmasens und Umgebung und die deutsch-französische Grenze (1935)

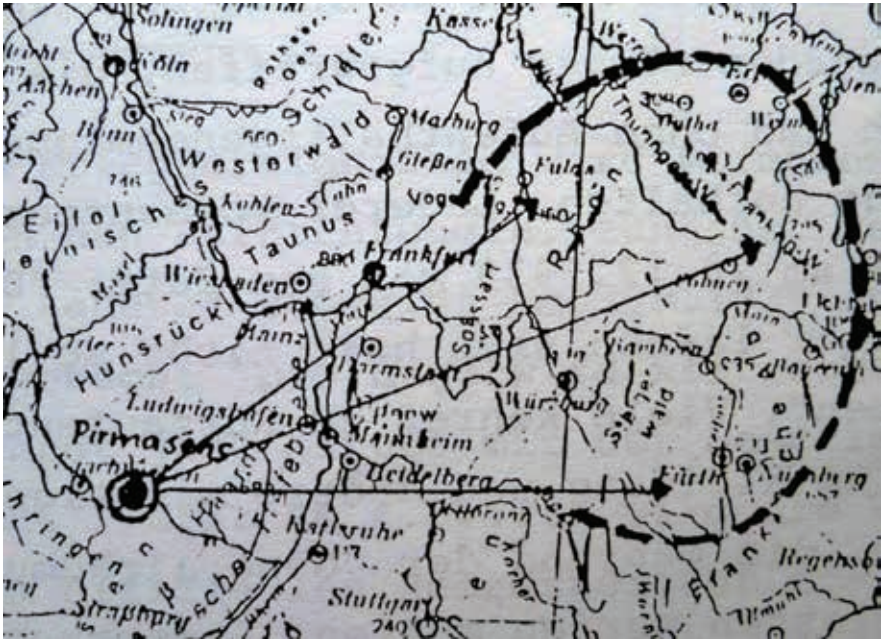

Abb. 7: Für Pirmasens vorgesehene „Bergungsgebiete“

Partenstein eine günstig angebotene Immobilie aufzukaufen, um dort während der „Freimachung“ und vielleicht darüber hinaus Schuhe zu produzieren. Als Arbeitskräfte wurden vor allem in Mainfranken evakuierte Pfälzer angeworben, die das Schuhmacherhandwerk beherrschten.[36] Auch verlagerten beispielsweise die *Dresdner Bank* und die *Deutsche Bank* ihre Pirmasenser Filialen nach Würzburg.[37] Zwar wurde in der o.g. geheimen Liste Würzburg nicht *expressis verbis* genannt, aber es gibt genügend Beispiele, dass saarpfälzische Evakuierte auch in Gemeinden des Kreises Würzburg[38] oder sogar in bestimmten Stadtteilen untergebracht wurden. So hatte beispielsweise der Pfarrer aus dem saarländischen Ensheim bei Saarbrücken, Alois Konrath[39], Unterschlupf in Heidingsfeld gefunden und offenbar gleich eine nicht näher bekannte Zahl von Ensheimer Evakuierten mitgebracht.

Innerhalb der einzelnen Landkreise waren die „Bergungsorte“ vor allem Städte und Gemeinden, die an einer Bahnlinie oder jedenfalls nicht weit davon entfernt lagen.[40] Laut einer offiziellen Statistik des Regierungspräsidenten in Würzburg an die Landräte vom 2. Dezember 1939 wurden in Mainfranken 53.220 Saarpfälzer evakuiert.[41] Darunter befand sich damals fast die gesamte Einwohnerschaft der „deutschen Schuhmetropole“ Pirmasens, die seinerzeit ca. 51.000 Einwohner zählte.[42] Inwieweit die Zuweisung der Evakuierten in ihre späteren „Bergungsgemeinden“ schon vorab vorbereitet wurde, konnte leider nicht geklärt werden. Ich gehe davon

36 Henning, Zwangsevakuierung, S. 23.

37 Vgl. *NSZ-Rheinfront* v. 13. September 1939.

38 So berichtete Zeitzeuge Steinbach aus Mainfranken, dass 1939/40 in Neubrunn fast der gesamte pfälzische Ort Bundenthal samt Ortsgruppenleiter untergebracht gewesen sei. – Frdl. Mitteilung vom 6. Februar 2017.

39 Konrath kannte Heidingsfeld aus seiner Studentenzeit in Würzburg und kam im Kloster der *Armen Schulschwestern* unter. – Frdl. Mitteilung von Walter Obst, Würzburg vom 20. März 2002.

40 Meine diversen Anfragen bei den Kommunen sowie die Rückmeldungen von Zeitzeugen auf meine Aufrufe in mainfränkischen und saarpfälzischen Zeitungen haben ergeben, dass sich – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – folgende „Bergungsorte“ sicher nachweisen lassen: Abtswind, Althausen i. Grabfeld, Alzenau, Arnshausen, Arnstein, Aschach, Bad Kissingen, Bad Königshofen, Bad Neustadt an der Saale, Bischofsheim a. d. Rhön, Bütthart, Burkardroth, Burgpreppach, Castell, Eibelstadt, Elfershausen, Eltmann, Ermershausen, Eußenheim, Frammersbach, Garitz, Gelchsheim, Gemünden, Gerolzhofen, Giebelstadt, Ginolfs, Haard, Hain, Hammelburg, Haßfurt, Hausen b. Bad Kissingen, Hausen b. Würzburg, Hofstetten, Hohenfeld b. Kitzingen, Hösbach, Iphofen, Karlstadt, Karlstein a. M., Kleinbrach, Königshofen i. Grabfeld, Kreuzwertheim, Lindelbach, Lohr a. M., Markt Eisenheim, Marktheidenfeld, Maßbuch, Mellrichstadt, Mittelstreu, Münnerstadt, Münsterschwarzach, Neubrunn, Nüdlingen, Oberelsbach, Oberfladungen, Oberleinach a. M., Obernbreit, Obernburg, Oberstreu, Ostheim v. d. Rhön, Partenstein, Poppenroth, Prölsdorf, Prosselheim, Rieneck, Rimpar, Röttingen, Rüdenhausen, Sommerhausen, Stetten b. Karlstadt, Stettfeld a. M., Stockheim a. M., Sulzfeld, Thüngen, Urspringen, Volkach, Waldzell, Westheim b. Haßfurt, Weyersfeld, Wiesenfeld b. Karlstadt, Wiesentheid, Winkels, Wollbach, Würzburg, Würzburg-Heidingsfeld, Zahlbach b. Burkhardroth und Zeil a. M.. – Hinzu kommen weitere Orte, in denen bei der 2. Evakuierung 1944/1945 Evakuierte aus der Saarpfalz untergebracht waren, wie z.B. [Bad] Brückenau, Ermershausen, Mainberg, Schweinfurt, Stadelhofen und Völkershausen.

41 Katja Klee: Im „Luftschutzkeller des Reiches“: Evakuierte in Bayern 1939–1953: Politik, soziale Lage, Erfahrungen. (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Bd. 78), München 1999, S. 32.

42 Davon waren 47.500 in Mainfranken als „Rückgeführte“ registriert. Allerdings gelangten Pirmasenser durch die chaotische Transportsituation auch in andere „Bergungsgebiete“. Manche zogen auch individuell dorthin, weil sie bei Freunden oder Verwandten unterkommen konnten oder weil sie dem meist ebenfalls geräumten Arbeitsplatz hinterherreisten, vor allem, wenn es sich um kriegswichtige Produktion handelte. – Auszug und Heimkehr, S. 23.

Abb. 8: Kitzingen am Main (um 1940)

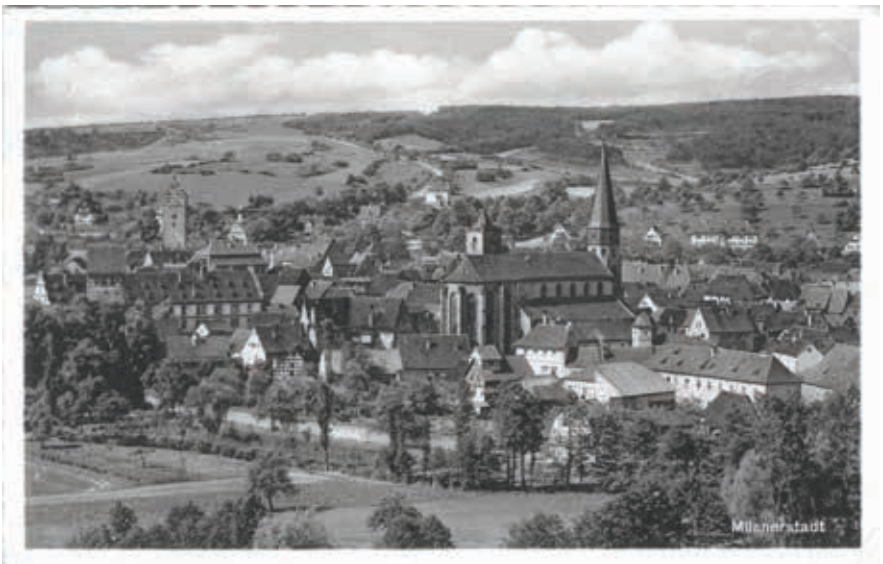

Abb. 9: Münnerstadt (1939)

Abb. 10: Lohr am Main (1939)

Abb. 11: Verlagerung der Vereinsbank Pirmasens nach Kitzingen a. M.

aus, dass die Zuweisung der „Rückwanderer“ innerhalb der Landkreise von den beteiligten Parteidienststellen der NSDAP relativ willkürlich vorgenommen wurde.[43]

Meine umfangreichen Recherchen in den mainfränkischen Stadt- und Gemeindearchiven in den Jahren 2010 und 2017 haben neben einer Reihe von Fehlanzeigen auch eine Vielzahl von Unterlagen hervorgebracht, die sich auf die „Freimachung“ der saarpfälzischen Grenzbevölkerung beziehen, z. B. Listen mit den persönlichen Daten der aufgenommenen Personen oder Briefwechsel zwischen den beteiligten Behörden bzw. Dienststellen. Allerdings ist die Qualität der aufgefundenen Unterlagen höchst unterschiedlich.[44] Den nach jetzigem Sachstand besten Archivbestand konnte das Stadtarchiv Mellrichstadt vermelden, dessen ehrenamtlicher Leiter Herr von Schoen mir dankenswerterweise die gesamten Archivalien zur Auswertung zur Verfügung stellte. Dadurch bin ich auch in die Lage versetzt worden, Mellrichstadt als Musterbeispiel eines mainfränkischen „Bergungsortes“ bzw. „Bergungskreises“ heranzuziehen.

Der „Bergungskreis“ Mellrichstadt

Der Landkreis Mellrichstadt setzte sich laut Volkszählung 1939 aus 34 Gemeinden zusammen und hatte 14.275 Einwohner, davon 11.004 Katholiken, 3.121 Evangelische, 2 sonstige Christen und 78 Juden. Der Verwaltungssitz befand sich in Mellrichstadt, damals mit nur 2.329 Einwohnern eigentlich eher ein größeres Dorf, das wiederum an der wichtigen Bahnlinie Würzburg – Erfurt lag und außerdem Ausgangspunkt einer Lokalbahn nach Fladungen war.[45] Damit konnten auch Orte wie Stockheim, Streu, Ostheim v. d. Rhön[46], Bahra, Nordheim v. d. Rhön und Fladungen nebst Umlandgemeinden bedient werden.

Die Hauptverantwortlichen für die Aufnahme und Unterbringung der „Rückgeführten“ im „Bergungskreis Mellrichstadt“ waren der Landrat des Kreises Mellrichstadt, Karl Unger, der Kreisleiter der NSDAP Bad Neustadt-Mellrichstadt, An-

43 So wurden z.B. in Hösbach bei Aschaffenburg Evakuierte aus der Pfalz [Burgalben (6 Personen), Dahn (8), Hagenbach (13), Hornbach (235), Pirmasens (24), Waldfischbach (4), Walshausen (1), Winzeln (10), Zweibrücken (2)] und aus dem Saarland [Beckingen (3), Güchenbach (2), Hilbringen (1), Niederwürzbach (16), Oberwürzbach (1), Saarbrücken (3)] sowie anderen Gebieten [Eppenreuth/Oberpfalz (6), Ludwigshafen/Rhein (2)] untergebracht. – Marktarchiv Hösbach. Frdl. Mitteilung von Jochen Ratz, Markt Hösbach, vom 17. Februar 2017.

44 Ich danke allen Archivverantwortlichen, die auf meine Anfrage geantwortet haben, vor allem jenen, die dies sehr ausführlich getan haben wie *Dieter Krenz* (Marktarchiv Abtswind), *Thomas Künzl* (Bad Neustadt a. d. S.), *Elke Bartz* (+) und *Anton Enders* (Bischofsheim a. d. Rh.), *Franz Schicklberger* (StA Eibelstadt), *Jochen Ratz* (Marktarchiv Hösbach), *Klaus Dieter Guhling* (StA Münnerstadt), *Ludwig Leisentritt* (StA Zeil am Main) und *Edgar v. Schoen* (StA Mellrichstadt). Leider haben 13 Städte und Gemeinden auf meine Anfrage überhaupt nicht reagiert, noch nicht einmal mit einer kurzen Bestätigung des Posteingangs.

45 Mehr über die nur 18,5 km kurze Strecke unter der URL https://de.wikipedia.org/wiki/Bahnstrecke_Mellrichstadt%E2%80%93Fladungen [Aufruf am 01.07.2017] und bei Wolfgang Bleiweis: Lokalbahn Mellrichstadt – Fladungen. Schweinfurt 1998.

46 Ostheim v. d. Rhön war eine Exklave des Landes Thüringen und gehörte 1939 zum Landkreis Meiningen. – https://de.wikipedia.org/wiki/Ostheim_vor_der_Rhoen [Aufruf am 01.07.2017].

dreas Ingebrand[47], die Bürgermeister der „Bergungsgemeinden“ wie z.B. Alfons Halbig (Mellrichstadt) sowie die Ortsgruppenleiter der „Bergungsgemeinden“ wie etwa Dr. Rieger von der Ortsgruppe Mellrichstadt. Hinzu kamen die örtlichen Leiter der NSV. Sie alle und weitere Beteiligte haben im Zusammenhang mit der „Freimachung“ eine Masse an Verlautbarungen, Korrespondenzen und sonstigen Schriftstücken produziert, von denen sich im Stadtarchiv Mellrichstadt im Bestand „Evakuierte“ über 200 unnummerierte Blätter erhalten haben.

Diese Archivalien erlauben einen guten Überblick über die Vorbereitungen für den Empfang der Saarpfälzer in Mellrichstadt und Umgebung, ihren tatsächlichen Empfang, ihre Unterbringung, zumeist bei Privatleuten und ihre Versorgung durch die beteiligten Behörden bzw. Parteidienststellen. Auch erlauben die Unterlagen einen guten Blick auf den Alltag der „Rückgeführten“ in den „Bergungsorten“ und das Bemühen der organisatorisch Beteiligten um möglichst rasche Einbindung der Evakuierten in den Arbeitsprozess. Auch die Zusammenarbeit der Dienststellen im „F-Gebiet“ und im „Bergungsgebiet“ ist darin dokumentiert. Ebenso werden die Beziehungen zwischen den Einheimischen und den „Rückgeführten“ näher beschrieben und die zwischenmenschlichen Probleme, die nicht ausbleiben konnten, detailliert dargestellt. Zu guter Letzt erlauben die Mellrichstädter Unterlagen einen Überblick über die Vorbereitung der Heimreise der „Rückgeführten“ im August 1940.

Allerdings würde eine detaillierte Darstellung der oben genannten Punkte den Rahmen dieses Aufsatzes völlig sprengen. Deshalb muss dieses interessante Kapitel aus der Mellrichstädter Geschichte einer künftigen Abhandlung vorbehalten bleiben.

Fazit

Obwohl die „Freimachung“ der saarpfälzischen Grenzgebiete monatelang vorbereitet wurde, verlief die groß angelegte Aktion alles andere als reibungslos und muss rein organisatorisch – zumindest in den Anfangstagen und -wochen – als ziemlicher und kostspieliger Fehlschlag gewertet werden. Wohl deshalb hat man für den späteren Kriegsverlauf, vor allem nach dem raschen Vordringen der Amerikaner nach der Landung in der Normandie im Juni 1944, an der West- und an der Ostgrenze eine ähnliche Aktion ausgeschlossen.

Die „Freimachung“ von 1939/40 erforderte einen riesigen bürokratischen Aufwand, da die meist erst später eingeführten Regelungen zu viele Ausnahmen zuließen und komplizierte, oft schwer zu kontrollierende Abrechnungen produzierten.

47 Andreas Ingebrand wurde vom Kriegsverbrechertribunal in Dachau am 10. Oktober 1947 wegen erwiesener Verbrechen gegen die Menschlichkeit zum Tode durch den Strang verurteilt und ein Jahr später hingerichtet. – Vgl. http://www.online.uni-marburg.de/icwc/dachau/000-012-3193-00B.pdf und http://www.rhoen-grabfeld.de/fileServer/LKRG/1000/14802/2013-Ingebrand.pdf [Aufruf am 02.07.2017].

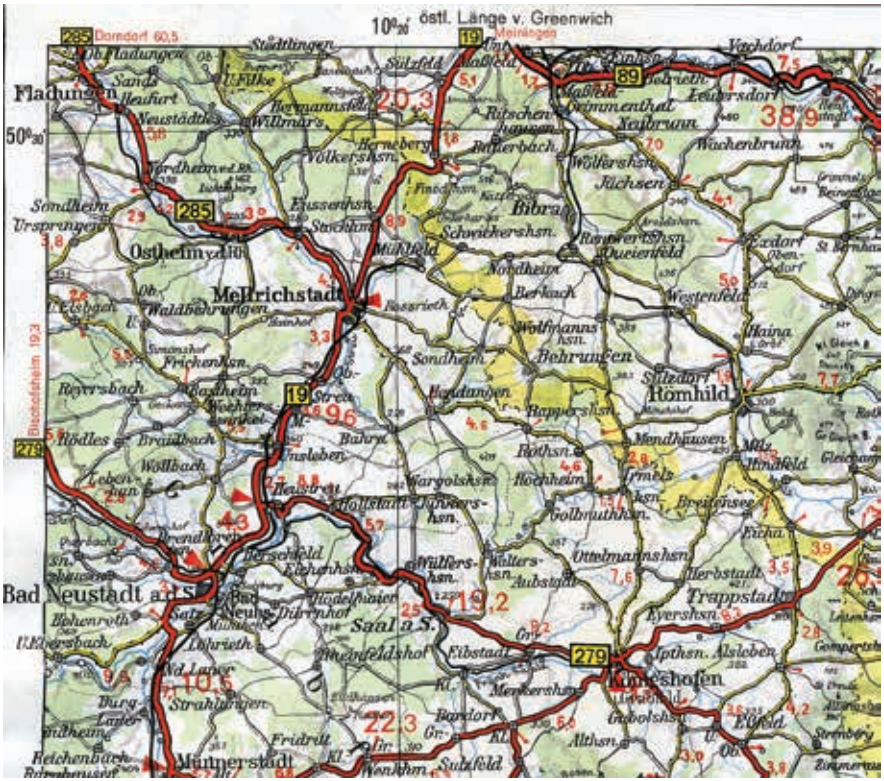

Abb. 12: Mellrichstadt und Bad Neustadt a. d. S. in Mainfranken 1939

Vor allem die scheinbar zu wenig durchdachte Flüchtlingsfürsorge lud zu mancherlei Missbrauch ein, was dann oft zu Ärger und Missgunst unter den Beteiligten führte und die ohnehin strapazierten Beziehungen zwischen Einheimischen und „Rückgeführten“ unnötig belastete. Hinzu kam die mangelhafte Volkssolidarität durch manche „Volksgenossen“, und zwar sowohl auf Seiten der von Staat und Partei gezwungenen Quartiergeber als auch auf Seiten der „Rückgeführten“, von denen manche völlig übertriebene Vorstellungen von staatlicher Hilfe hatten. Zu guter Letzt sind auch die Reibungsverluste zu nennen, die wegen des Dualismus zwischen Partei und Staat auch auf der unteren Verwaltungsebene entstanden waren und die das Chaos der ersten Tage und Wochen noch befördert hatten. Als ebenfalls erschwerend erwies sich das ständige Kompetenzgerangel zwischen der Partei und dem AOK, das ja seit dem 26. August 1939 die Exekutive im „Freimachungsgebiet“ übernommen hatte.

Nichts ist so schlecht, als dass es nicht irgendwo auch etwas Gutes beinhaltet: So kamen sich in allen Bergungsgebieten – z.B. in Eibelstadt – Einheimische

und „Rückgeführte“ mit der Zeit doch näher, als es nach den problematischen ersten Wochen und Monaten überhaupt möglich schien. Es gab viele Fälle, wo Evakuierte im Aufnahmeort die große Liebe oder zumindest einen sicheren Arbeitsplatz gefunden hatten und deshalb in Mainfranken verblieben. In anderen Fällen folgten Bewohner aus Mainfranken nach der Evakuierung oder nach dem Krieg Pfälzerinnen oder Pfälzern nach Pirmasens und Umgebung, um dort eine Familie zu gründen und ihr künftiges Leben zu verbringen.

Eine positive Nebenwirkung der „Freimachung“ war sicherlich der Aufbau neuer Kontakte innerhalb der damaligen „Volksgemeinschaft“. Diese Kontakte wurden nach der Rückkehr der Saarpfälzer oft von beiden Seiten weitergepflegt: Die kurzlebigen Kontakte[48] überstanden zwar den Krieg meist nicht, aber dafür waren die Nachkriegskontakte umso langlebiger. Mitunter entstanden sogar Freundschaften fürs Leben, wie Zeitzeugen immer wieder berichteten. Auch von Vereinsfreundschaften wie z. B. zwischen dem pfälzischen Höhmühlbach und dem mainfränkischen Ermershausen wurde immer wieder berichtet, wobei die regelmäßigen gegenseitigen Besuche, etwa zu Vereinsjubiläen, teils bis heute andauern.

Abschließend soll noch kurz angemerkt werden, dass diese Evakuierung im Kreis Mellrichstadt und in Mellrichstadt selbst nicht die einzige blieb. Ab Oktober 1944 gelangte – beschleunigt durch das schnelle Vordringen der US-Truppen in Richtung deutsch-französische Grenze – erneut eine nicht näher bekannte Zahl von Flüchtlingen, diesmal vor allem aus dem Kreis Saarbrücken-Land, nach Mellrichstadt.[49] Diesmal war die Teilnahme an der Evakuierung freiwillig, und außer der Bereitstellung von Transportzügen wurde von staatlicher Seite nichts organisiert. Man kann aber davon ausgehen, dass die Kreisleitungen der NSDAP auch diese zweite Evakuierung so gut wie möglich durchführten und dabei auch versuchten, die Fehler von 1939 zu vermeiden. In Mellrichstadt waren vor allem Bewohner aus dem saarländischen Püttlingen untergebracht.[50] Hinzu kamen auch diesmal wieder Pirmasenser und auch Flüchtlinge aus anderen saarpfälzischen Orten, aber auch aus Städten außerhalb dieser Grenzgebiete, z. B. Ausgebombte.[51] Erst nach dem Ende des Krieges war eine halbwegs geordnete Rückkehr in die Heimat möglich.

48 Zeitzeugin Frau Gerling aus Kallstadt berichtete, dass der Briefkontakt ihrer Mutter mit der bei ihnen in Binsfeld evakuierten Pirmasenser Familie Balzer nur während des Krieges bestanden habe, dann aber eingeschlafen sei. – Frdl. Mitteilung vom 6. Februar 2017.

49 Peter Pottler: Mittelstreu und seine Geschichte. Mellrichstadt 1979, S. 88 beschreibt die neuerliche Unterbringung von Flüchtlingen so: „Am 3. Oktober 1944 kommen neue Flüchtlinge aus Pirmasens, 35 Personen. Die Schülerzahl stieg auf 117. Im November kamen weitere Flüchtlinge aus Püttlingen. Dadurch erhöhte sich die Zahl der Schulkinder auf 127.“

50 StA MET, Best. „E“, S. 195.

51 Eine „Liste der „Rückgeführten“ aus Pirmasens“ enthält 126 Namen und Vornamen samt der persönlichen Daten, darunter 84 aus der Schuhmetropole. – StA MET, Best. „E“, S. 200–209.

Die mainfränkischen Gemeinden konnten allerdings die Hände nicht in den Schoß legen; die Millionenscharen von Flüchtlingen aus den deutschen Ostgebieten strebten mit Macht in die scheinbar relativ sicheren westlichen und südwestlichen Regionen des Reiches und landeten vor allem in Bayern, wo sie sowohl die US-Besatzungsmacht als auch die von dieser eingesetzten deutschen Behörden vor schier unlösbare Aufgaben stellten.[52]

Paul Glass

Geboren 1952 in Ensheim-Saar. Pensionierter Gymnasiallehrer (Geschichte, Romanistik, Informatik), seit 1979 im nördlichen Baden-Württemberg wohnhaft, beschäftigt sich seit 1990 mit Themen der saarländischen bzw. saarpfälzischen Regionalgeschichte, vor allem mit den beiden „Evakuierungen“ 1939/40 und 1944/45.

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Kartensammlung Glass (Ausschnitt)
Abb. 2: Kartensammlung Glass (Ausschnitt)
Abb. 3: Postkartensammlung Glass
Abb. 4: Postkartensammlung Glass
Abb. 5: Postkartensammlung Glass
Abb. 6: Conti-Atlas für Kraftfahrer (1939), Blatt 41
Abb. 7: Stadtbücherei Pirmasens 1989 (Hrsg.): Auszug und Heimkehr. Die Evakuierung von Pirmasens 1939/40. Pirmasens 1989, S. 19
Abb. 8: Postkartensammlung Glass
Abb. 9: Postkartensammlung Glass
Abb. 10: Postkartensammlung Glass
Abb. 11: *NSZ-Rheinfront* v. 11. September 1939
Abb. 12: Ravensteins Rad- und Autokarte, Nr. 47 (1938)

52 Vgl. Anm. 41.